

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Provinzregierung im Punjab gestürzt

Völlig unerwartet hat Präsident Leghari auf Wunsch des neuen Gouverneurs, Raja Saroop, am 5. September die seit zwei Jahren amtierende punjabische Provinzregierung von Chefminister Manzoor Wattoo entlassen. Über die Provinz wurde der Ausnahmezustand verhängt. Der Präsident ordnete außerdem per Dekret Gouverneursrecht an, so daß derzeit sämtliche Regierungsgeschäfte von Raja Saroop, einem pensionierten General, wahrgenommen werden.

Der Sturz der skandalumwitterten punjabischen Landesregierung wird von Beobachtern als neuer Höhepunkt der monatelangen Querelen innerhalb der auch auf Bundesebene regierenden PPP-PML(J) -Koalition gewertet. Ministerpräsident Manzoor Wattoo, der mit seiner PML(J), einem von der Pakistan Muslim League des Oppositionsführers Nawaz Sharif abgespaltenen Parteiflügels, in dem 248-köpfigen Provinzparlament lediglich 18 Abgeordnete stellt, sah sich schon seit geraumer Zeit wachsenden Machtambitionen des mit 106 Abgeordneten wesentlich stärkeren Koalitionspartners PPP ausgesetzt. Nur dem Schulteranschluß von PML(J)-Chef Hamid Nasir Chattha, in Personalunion Minister im Bundeskabinett, und der PPP-Vorsitzenden Benazir Bhutto, die ihr Regierungsbündnis in Islamabad nicht gefährden wollten, war es zu verdanken, daß es nicht schon eher zum Bruch kam. Jetzt allerdings ist die hinter den Kulissen schwelende Krise zum skrupellosen, offenen Kampf um die Macht im Punjab eskaliert, der das mit dem Regierungsantritt Bhuttos vor zwei Jahren vorübergehend zu relativer Ruhe gekommene politische Kaleidoskop Pakistans erneut in Bewegung gesetzt hat. So lief Wattoo gleich nach seiner Entlassung mit einigen Getreuen in das Lager von Nawaz Sharif über. Dies ist insofern pikant, weil Wattoo 1993 maßgeblich am Sturz des ehemaligen Premierministers beteiligt war. Aber auch die PPP erhielt im voll entbrennenden Gerangel um die Gunst der Abgeordneten regen Zulauf, da Parlamen-

tarier der Opposition gleich dutzendweise - gegen Geld und Ämter - bereit waren, das Parteibuch und Loyalitäten zu wechseln. Nach Recherchen pakistanischer Journalisten wurden einige widerspenstige Politiker von PPP-Aktivisten mit der Drohung gefügig gemacht, daß man andernfalls, beispielsweise wegen Korruptionsdelikten, ein Gerichtsverfahren eröffnen werde. Tatsächlich ist in den letzten Wochen gegen einige oppositionelle Provinzparlamentarier Anklage erhoben worden.

Das Rennen um den Chefministerposten in Lahore, an dem sich nicht weniger als sieben offizielle Kandidaten beteiligten, entschied am 13. September Arif Nakai, ein PML(J)-Kandidat, für sich. Der 71-jährige Nakai, der keinen Schulabschluss besitzt und bislang als Hinterbänkler eingestuft wurde, gilt allerdings als schwache Persönlichkeit, so daß weitere Turbulenzen im Punjab geradezu vorprogrammiert sind. Vor allem ist damit zu rechnen, daß die frustrierten PPP-Provinzfürsten den Druck auf Benazir Bhutto verstärken, der sie in der Personalfrage das Einklinken gegenüber dem kleineren Koalitionspartner übelnehmen. Die Gefahr einer Spaltung der Koalition und sogar der PPP selbst schwebt daher weiter wie ein Damoklesschwert über der Bhutto-Regierung.

## PPP-Spitzenpolitiker gestorben

Der Vorsitzende der PPP-Punjab, Makhdoom Altaf, ist zwei Wochen nach seiner Ernennung zum Senior-Minister der neuen Provinzregierung unter Arif Nakai überraschend am 1. Oktober an einem Herzinfarkt gestorben. Makhdoom Altaf galt als das eigentliche politische Schwergewicht der Regierung und wurde während des Tauziehens um den Posten des Chefministers als aussichtsreichster Kandidat gehandelt. Die Nachfolge als Senior-Minister und PPP-Landesvorsitzender trat unterdessen Mushtaq Awan an, dem man ebenfalls Ambitionen auf das höchste Amt in der Provinz nachsagt. Der Tod des als unbestechlich geltenden Politikers hat in der pakistani-

schen Presse wilde Spekulationen über die tatsächliche Ursache seines Todes ausgelöst, da am Todestag von den Sicherheitsleuten des Ministers ein persönlicher Berater als Agent des direkt der Premierministerin unterstellten Geheimdienstes "Intelligence Bureau" (IB) enttarnt wurde.

## Bürgerkrieg in Karachi hält an

Die Zahl der täglichen Todesopfer in dem mörderischen Konflikt in der Millionenmetropole Karachi ist zwar innerhalb der letzten zwei Monate deutlich gesunken, aber immer noch sterben täglich fünf bis sechs Menschen. Dieser Rückgang wird auf eine massive Verhaftungswelle der in diversen Einheiten organisierten paramilitärischen Sicherheitskräfte zurückgeführt. Nach offiziellen Angaben wurden allein im letzten Monat rund 400 mutmaßliche Terroristen festgenommen. Nach Schätzungen der Wochenzeitung "Friday Times" liegt die tatsächliche Zahl der Inhaftierten eher doppelt so hoch.

Offenbar ist es bei den Verhören in zahlreichen Fällen erneut zu Folterungen und extra-legalen Hinrichtungen gekommen. Selbst der hochangesehene ehemalige Gouverneur der Provinz Sindh und einer der bekanntesten Juristen des Landes, Fakhrudin Ibrahim, äußerte sich inzwischen gegenüber der Presse besorgt über die Vorgänge in den Polizeistationen: "Wenn der Staat angeblichen Widerstand von Verhafteten zum Vorwand nimmt, um diese Menschen zu töten, kann man dem Rechtssystem des Landes nicht mehr trauen. Man hat sich offenbar dafür entschieden, der Polizei die Lizenz zum Töten zu geben", wird der prominente Richter zitiert.

## Generalstreik gegen neues Steuergesetz

Bei landesweiten Streiks und Protestkundgebungen gegen den Beschluß der Regierung, bestehende Steuertarife zu erhöhen und neue Abgaben in Form einer Verbrauchssteuer zu erheben, ist es am 30. September vor allem in der Pro-

vinz Punjab zu schweren Ausschreitungen gekommen. Nach Zeitungsberichten löste die Polizei in Lahore eine Kundgebung mit Tränengas und Schlagstockhieben auf. Die anschließende Straßenschlacht zwischen Demonstranten und Polizisten habe vier Stunden gedauert, hieß es. Die Demonstranten setzten demnach im Verlauf der Krawalle eine Polizeistation und mehrere Fahrzeuge in Brand. Auf beiden Seiten gab es zahlreiche Verletzte.

## USA lockern Waffenembargo

Der US-Senat hat am 21. September ein sogenanntes "Brown Amendment" verabschiedet, das eine einmalige Aufhebung des seit 1990 geltenden totalen Lieferstopps für Waffen erlaubt. Diese Sanktionen gemäß den Bestimmungen des "Pressler-Amendments" waren verhängt worden, um Pakistan zur Kappung seines Atomwaffenprogramms zu zwingen. Dieses Embargo überschattet seitdem die ehemals guten pakistanisch-amerikanischen Beziehungen vor allem wegen einer zurückgehaltenen Lieferung von 28 F-16 Kampfflugzeugen, die Pakistan bereits mit 658 Millionen Dollar bezahlt hat. Die Regierung in Islamabad forderte deshalb immer wieder die Herausgabe der Jets oder eine Erstattung des Geldes. Der jetzige Beschluß des amerikanischen Senats kann als ein Teilerfolg der diplomatischen Bemühungen der Bhutto-Regierung gewertet werden: Der vorab auf höchster Ebene ausgehandelte Kompromiß sieht vor, daß Pakistan trotz des formal weiter bestehenden "Pressler-Amendments" einmalig mit Rüstungsgütern im Gegenwert von 368 Millionen US-\$ beliefert wird. Darunter sind dringend benötigte Ersatzteile für alle drei Teilstreitkräfte, aber auch Flugzeuge vom Typ P-3C zur Bekämpfung von U-Booten und moderne Kampf und Transporthubschrauber. Die F-16-Maschinen gehören allerdings nicht zu dem Paket. Stattdessen sollen die Jagdbomber an interessierte Drittstaaten wie Indonesien verkauft werden, um den Erlös - möglicherweise in Form weiterer Waffen - Pakistan gutzuschreiben. Obwohl das Maximalziel der Bhutto-Regierung verfehlt wurde, feierte die pakistanische Presse den Deal einhellig als großen Sieg und entscheidenden Durchbruch auf dem Weg zu einer weiteren Verbesserung der bilateralen Beziehungen.

## Diplomaten ausgewiesen

Die Regierung in Islamabad hat am 17. Oktober 17 Afghanen zu "unerwünschten Personen" erklärt und ultimativ aufgefordert, das Land zu verlassen. Wie aus einer Mitteilung des pakistanischen Außenministeriums hervorgeht, befanden sich unter den Ausgewiesenen sechs Diplomaten sowie Aktivisten und Politiker der in Kabul regierenden Jamaat-e-Islami von Präsident Burhanuddin Rabbani. Gründe für die Abschiebung wurden nicht genannt. Einen Monat zuvor hatte Pakistan schon einmal 13 afghanische Diplomaten des Landes verwiesen. Dies war von Beobachtern als direkte Vergeltungsmaßnahme für die Erstürmung der pakistanischen Botschaft in Kabul am 6. September interpretiert worden, als eine aufgebrachte Menschenmenge mit Duldung der afghanischen Sicherheitskräfte das Gebäude verwüstete und 25 Diplomaten zum Teil schwer verletzte, darunter auch den Botschafter. Ein Mitarbeiter der pakistanischen Vertretung kam dabei ums Leben. Zwischen beiden Ländern war es zu Spannungen gekommen, nachdem als "Taliban" bezeichnete Milizen paschtunischer Theologiestudenten die strategisch wichtige Stadt Herat von den Truppen Rabbanis erobert hatten. Dadurch kontrolliert die Regierungarmee jetzt nur noch fünf von 32 Provinzen und steht inzwischen auch in Kabul selbst mit dem Rücken zur Wand. Die afghanische Regierung hat Pakistan wiederholt vorgeworfen, die Taliban massiv mit Waffen, Trainingslagern und Geld zu unterstützen. Tatsächlich verfügen die Studentenmilizen, die noch vor einem Jahr völlig unbekannt waren, mit Panzern Hubschraubern, Kampfflugzeugen und Raketen über ein erstaunliches Waffenarsenal.

## Neues Projekt zum Uranerzabbau

Die pakistanische Atomenergiebehörde hat im Westen des Landes damit begonnen, ein neues Uranerzlager auszubeuten und den gewonnenen Rohstoff für die Nutzung in den nuklearen Anlagen aufzubereiten. Wie der Präsident der Behörde, Ishaq Ahmed, in einem Pressegespräch am 19. Oktober gegenüber den pakistanischen Medien ausführte, hätten westliche Handelsbeschränkungen und die eingeschränkte Ausfuhr von nuklearen Brennstoffen die Erschließung der heimischen Uranerzlager not-

wendig gemacht, um das nationale Atomprogramm fortsetzen zu können. Gegenwärtig entsteht mit chinesischer Hilfe rund 350 Kilometer südlich von Islamabad ein weiteres Atomkraftwerk mit einer geplanten Leistung von 300 Megawatt, das 1998 ans Netz gehen soll. Pakistan betreibt derzeit mit dem Kernkraftwerk bei Karachi und dem Forschungsreaktor von Kahuta in der Nähe von Islamabad zwei nukleare Anlagen.

## Schwager von Benazir Bhutto verhaftet

Der Schwager der Premierministerin, Nasir Hussain, ist am 15. Oktober als Haupttatverdächtiger in einem Mordfall in Karachi festgenommen worden. Nach offiziellen Angaben wurde er am Flughafen von Polizisten abgeführt, als er gerade eine Maschine in Richtung Dubai besteigen wollte. Die Festnahme steht nach den vorliegenden Informationen im Zusammenhang mit dem Mord an Ahmed Ali Soomro, einem Berater des Gouverneurs der Provinz Sindh. Soomro war am Abend zuvor vor seinem Haus in Karachi niedergeschossen worden. Nach Augenzeugenberichten von Hausangestellten war Nasir Hussain der Täter. Der Fall besitzt politische Brisanz, da Hussain dem Beraterkreis von Benazir Bhutto zugerechnet wird. Über ein mögliches Tatmotiv besteht allerdings noch Unklarheit.

## Müllsammelaktion am Nanga Parbat

Auch in diesem Sommer haben Mitglieder der Trekkinggruppe "The Trekkers" aus Islamabad Basislager am Nanga Parbat aufgesucht, um dort den Müll von Bergsteigern und Trekkern zu sammeln. Die "Mission Clean Up Nanga Parbat Base Camp" wurde 1994 von Niederlassungen namhafter internationaler Firmen in Pakistan gefördert. In diese Aktion wurden auch örtliche Schulen integriert. Die diesjährige Müllsammelaktion war allerdings weniger erfolgreich, da die finanzielle Unterstützung geringer ausfiel und der Aufenthalt der Gruppe zeitlich begrenzt werden mußte.

Diese Maßnahme, der schon frühere am Nanga Parbat, K 2 oder Tirich Mir vorausgingen, deutet auf eine Fehlentwicklung des Tourismus hin, der weder von der pakistanischen Regierung noch von vielen Bergtouristen ausreichend begegnet wird.